



Nr. 256 | 15.10.2021

Ukraine-Analysen

Zukunftsperspektiven

■ ANALYSE	
Die Ukraine auf dem Weg zum Rechts- oder Präsidentenstaat? Von Michael Martin Richter (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)	2
■ RANKING	
Die Ukraine in internationalen Rankings zu Mitspracherechten und Rechenschaft, Korruptionskontrolle und Demokratie	5
■ DOKUMENTATION	
Offshore-Geschäfte: Selenskyj und Kolomojskyj in den Pandora-Papers Von Yana Lysenko (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)	7
■ KOMMENTAR	
Die Ukraine im Teufelskreis der post-sowjetischen Hegemonie-Krise Von Volodymyr Ishchenko (Technische Universität Dresden)	8
■ KOMMENTAR	
Aporien der Unabhängigkeit Von Roman Dubasevych (Universität Greifswald)	11
<hr/>	
■ CHRONIK	
01. – 10. Oktober 2021	13

Die Ukraine auf dem Weg zum Rechts- oder Präsidentenstaat?

Von Michael Martin Richter (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

DOI: 10.31205/UA.256.01

Zusammenfassung

Die Corona-Krise hat weltweit nicht nur zu gesundheitlichen sondern auch zu wirtschaftlichen und politischen Verwerfungen geführt. Das Ausschalten vieler Kontrollmechanismen zur Beschleunigung von Prozessen, beispielsweise im Hinblick auf Beschaffungsmaßnahmen hat selbst in gestandenen Demokratien zu Fällen von Korruption und Vetternwirtschaft geführt. Noch stärker von diesem Phänomen betroffen sind jedoch un- bzw. halbdemokratische Regime. Die Sonderbefugnisse in der Pandemie ermöglichten sowohl verstärkte Selbstbereicherung als auch eine Erosion von demokratischen Prinzipien. In diesem Zusammenhang sprach der Economist von 2020 als einem Jahr, in dem der »Demokratie weltweit ein schwerer Schlag verpasst wurde«. Der globale Durchschnittswert des Economist Democracy Index rutschte dabei auf den niedrigsten Stand seit seiner Aufsetzung im Jahr 2006. Auch die Ukraine erlebte einen leichten Rückgang ihrer Wertung und auch in der Ukraine können die Beobachter heute eine starke Zentrierung auf die Exekutive beobachten.

Einleitung

Die Regierung in Kyiv ist im Clinch mit vielen anderen Institutionen bzw. übergeht einige wichtige von ihnen gänzlich. Was auf den ersten Blick klar an autokratische Tendenzen erinnert und die Resultate des Euromaidan gänzlich in Frage stellt, erweist sich auf den zweiten Blick jedoch als ein zweischneidiges Schwert mit mehreren potenziellen Szenarien und Ausgängen. Denn eine Einordnung der aktuellen politischen und institutionellen Dynamiken in der Ukraine zeigt, dass die Fokussierung auf die Exekutive paradoxerweise wichtige Reformen voranbringen könnte. Dementsprechend steht die Ukraine heute an einem möglichen Scheideweg, der in Zukunft entweder zu einem autoritären Präsidenten- oder einem demokratischen Rechtsstaat führen kann.

Alle Macht der Exekutive

Für das erste Szenario spricht eine historische Parallele. Denn vor ziemlich genau 11 Jahren, Anfang Oktober 2010, stellte die Zeitschrift *Foreign Policy* die Frage, ob die Orange Revolution gerade zu Ende gegangen sei. Auslöser dafür war eine Entscheidung des ukrainischen Verfassungsgerichts, das zentrale Änderungen in der Verfassung, die nach den Protesten 2004 gemacht wurden, für nichtig erklärte. Durch diesen Rechtspruch war im Großen und Ganzen die Verfassung von 1996 wiederhergestellt. Dadurch wurde die Position des Präsidenten, vor allem gegenüber dem Parlament, gestärkt. Der damalige Artikel in *Foreign Policy* beschwichtigte jedoch und sah eine Chance zur Stabilisierung des Landes. Dass unter Präsident Viktor Janukowytsch das Gegenteil der Fall war und die Entscheidung eine zunehmende Autokratisierung und auch Korrumperung zur Folge hatte und dadurch die Wei-

chen zur Implosion dieses Systems stellte, zeigte sich schlussendlich 2014.

Die institutionellen Befugnisse in der Hand eines Präsidenten mit kleptokratischen und autoritären Tendenzen führten dazu, dass immer mehr Kontrollinstitutionen de-facto entmachteten wurden. Dies betraf nicht zuletzt auch die freie Presse. Der Kampf gegen die Korruption wurde dabei auch engagiert geführt, jedoch fast ausschließlich gegen politische Gegner, beispielsweise in Person der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko. Dagegen bereicherten sich Familie und Vertraute des Präsidenten, insbesondere Geschäftsmänner aus dem Donezbecken, der sogenannte »Donezker-Clan«, in ungemeinem Maße. So stieg während der Regierungszeit von Janukowytsch sein Sohn Oleksandr zu einer der reichsten Personen der Ukraine auf. Heute ist das Zeichen der Verschwendung dieser Zeit, der ehemalige Präsidentenwohnsitz Meschyhirja, symbolisch ein Museum der Korruption.

Fast exakt zehn Jahre und eine Revolution später, entschied das Verfassungsgericht der Ukraine im Oktober 2020, dass der Großteil der Anti-Korruptions-Reformen, die nach 2014 verabschiedet wurden, gegen die Verfassung verstoßen. Kurz darauf, im Jahre 2021, stellt der Präsident wichtige politische Konkurrenten unter Hausarrest, schließt wichtige Medienanstalten und bereitet ein Gesetz gegen Oligarchen vor. Dabei entscheidet eine vom Präsidenten geführte, relativ informelle Institution über die Aufnahme in die Liste der Oligarchen, die eine Eingrenzung formeller Rechte mit sich bringt. Dazu steht die aktuelle Regierung im Konflikt mit einer Anti-Korruptions-Institution über die Führung des nach Eigenkapital mit Abstand wertvollsten Staatsunternehmens, das früher in erster Linie

als Vehikel für persönliche Bereicherung benutzt wurde. All dies passt zum Rückgang der Ukraine in der letzten Auflage des Demokratie-Index des Economist und den Vorwürfen, dass der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj nicht einen Rechtsstaat aufbauen möchte, sondern einen Präsidentenstaat.

Der Teufel steckt im Detail

Die augenscheinlichen Parallelen zu Janukowytsch sind nicht gänzlich von der Hand zu weisen. Jedoch offenbart eine Detailanalyse, dass es zentrale Unterschiede gibt, die aktuell sogar einen Bruch mit dem alten System darstellen und einen tatsächlichen Paradigmenwechsel einläuten könnten. Um diese Prozesse richtig einordnen zu können, sind drei Aspekte von Bedeutung.

Erstens handelt es sich bei der Entscheidung des Verfassungsgerichts von 2020 explizit um einen Gesetzespruch gegen die Exekutive – also das genau Gegenteil der Entscheidung von 2010, als das höchste judikative Organ zu Gunsten des Präsidenten entschied. Interessanterweise fiel die Entscheidung 2020 auf Antrag einer größeren Parlamentariergruppe, in erster Linie aus den Reihen der pro-russischen »Plattform fürs Leben«. Hinzu kommt, dass viele Verfassungsrichter genauso wie eine große Zahl der Parlamentarier als durch Oligarchen manipulierbar gesehen werden. Beispielsweise soll Ihor Kolomojskyj informelle Kontrolle über einen so großen Teil der Fraktion der Partei »Diener des Volkes« ausüben, dass dies als zentrale Ursache für die fehlende Unterstützung der Gesetzesinitiativen des Präsidenten gesehen wird. Die Blockade der Initiativen Selenskyjs durch Richter und Abgeordnete kann als Angriff der hinter ihnen stehenden Oligarchen interpretiert werden. Die Reaktion der Exekutive auf das Verfassungsgerichtsurteil folgte schnell. Selenskyj setzte eine eigene, provisorische Führung per Dekret ein und entließ den von Janukowytsch ernannten Verfassungsgerichtspräsidenten. Dies wird von vielen Richtern selbst als verfassungswidrig angesehen, denn formell kann die Führung dieses Organs nicht vom Präsidenten entlassen werden. Dadurch entstand die kuriose Situation, dass es seither zwei Vorsitzende des wichtigsten judikativen Organs in der Ukraine gibt.

Zweitens war dies nicht die einzige »Kampfansage« der Exekutive an die Judikative in der Ukraine. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Konflikt mit dem »Lokalen Verwaltungsgericht Kiew«. Der Name des Gerichts klingt dabei geradezu untertrieben im Hinblick auf die Assoziationen die es und ihr Vorsitzender, Pawlo Wowk, bei vielen Beobachtern hervorrufen. Von »dem Gericht, das die Ukraine regiert«, spricht beispielsweise die Open Democracy Foundation. Das Nationale Antikorruptionsbüro der Ukraine sieht das Gericht gar als Sitz einer kriminellen Organisation. Als Argument wird wieder

die enge Verflechtung dieser Institution mit Oligarchen genannt. Für diese entlässt das Gericht unliebsame Minister oder macht unvorteilhafte Entscheidungen (temporär) rückgängig, wie beispielsweise die Verstaatlichung der kompromittierten Privatbank, die zuvor zu Kolomojskyjs Geschäftsimperium gehörte.

Im April 2021 wurde dann eine Gesetzesnovelle vom Präsidenten eingebracht, die die Auflösung des lokalen Verwaltungsgericht Kiew vorsah. Sie wurde zwar von unabhängigen Beobachtern und Fachleuten positiv aufgenommen, jedoch nur als erster Schritt angesehen. Denn die kompromittierten Richter dieser Institution konnten in Folge theoretisch weiterhin an anderen Gerichten tätig sein, inklusive des neu errichteten »Kiew-Stadt Lokalen Verwaltungsgerichts«. Von großer Bedeutung ist deshalb die Kontrolle der Integrität und fachlichen Kompetenz von Richtern. Diesem Ziel dient das Gesetz zur Wiederaufnahme der »Hohen Qualifikations-Kommission für Richter« vom August 2021. Die Kommission wird nicht nur eine zentrale Rolle bei der Besetzung des neu geschaffenen Kiewer Verwaltungsgerichts spielen, sondern auch für andere vakante Stellen in der Judikative, deren Anteil derzeit bei einem Drittel der gesamten Stellen liegt.

Die Qualifikationskommission muss dabei mit dem »Hohen Rat der Judikative« zusammenarbeiten, der parallel zur Kommission reformiert wurde, wobei westliche Partner der Ukraine ein entscheidendes Mitspracherecht in diesem Gremium erhalten. Mitsprache haben jedoch auch ukrainische Vertreter des Gerichtswesens in Form des Richterrates selbst. Und dieser schaffte es am 13. September nicht, Kandidaten für den Ethikrat zu nominieren, der eine zentrale Kammer innerhalb des Hohen Rates der Judikative darstellt. Somit blockierten die Richter faktisch das Zustandekommen dieser Institution. Die Richterschaft sträubte sich bereits vehement gegen das Gesetz, als es im Juli durch das Parlament kam. Als Hauptargument dagegen wurde der angebliche Einschnitt in die ukrainische Souveränität genannt. Dies ist eine bekannte Argumentation aus autoritären Regimen, die Demokratie und Rechtsstaat mit Verweis auf die nationale Souveränität untergraben. Putins souveräne Demokratie ist ein treffendes Beispiel dafür.

Dies führt auch zum dritten wichtigen Punkt. Denn inmitten dieser institutionellen Konflikte mit der Judikative, sucht der Präsident zumindest offiziell den Schulterchluss mit westlichen, demokratischen Partnern. Als Reaktion auf die Entscheidung des Richterrates rief Präsident Selenskyj ein gemeinsames Treffen mit den G-7-Botschaftern, Vertretern von Richterorganisationen als auch der Legislative ein. In einer gemeinsamen Erklärung heißt es, dass die »erfolgreiche Umsetzung der vom Präsidenten initiierten Rechtsreformen entscheidend für die Zukunft des Landes ist.« Diese Erklärung

wurde von allen Beteiligten bis auf die Vertreter der Judikative unterzeichnet. Die augenscheinliche Blockadehaltung der richterlichen Gewalt zielt direkt auf die Beibehaltung des Status Quo und einer *institutionell* unabhängigen, jedoch faktisch den Oligarchen ergebene Richterschaft ab.

Saakaschwilis Georgien als Vorbild für Selenskyjs Ukraine?

Die zuvor erläuterten Charakteristiken der heutigen Ukraine offenbaren starke Parallelen zu Georgien unter Präsident Micheil Saakaschwili (2004–13). Auch dort war eine Westorientierung und -integration offizielle Staatsräson. Und auch dort gab es starke zentralistische Tendenzen, bei denen die Exekutive versuchte, andere Institutionen auf Linie zu bringen. In Anbetracht dessen ist es als klares symbolisches Zeichen zu deuten, dass Saakaschwili nach dem Wahlsieg Selenskyjs seine Staatsbürgerschaft wiedererlangte, aus der wortwörtlichen Verbannung zurückkehrte und Ende 2020 zum Leiter des Nationalen Reformrates beim Präsidenten der Ukraine ernannt wurde. Dies passierte fast zeitgleich zum Versprechen des ukrainischen Präsidenten, dass 2021 das Jahr der Rechtsreformen werden würde. Zwar ist das Gremium, dem Saakaschwili vorsitzt, mit keinen formellen Vollmachten versehen, jedoch zeigt die generelle Entwicklung in der ukrainischen Politik im Moment, dass nicht zwingend Formalität Vorrang hat.

Paradoxerweise muss diese Informalität nicht zwingend schlecht sein. Denn der Fall Georgien illustriert, was der Ukraine heute fehlt: anders als Selenskyj, konnte sich nämlich Saakaschwili auf eine unangefochtene Mehrheit im Parlament stützen. In der Ukraine dagegen zerbrach die Fraktion der von Selenskyj gegründeten Partei »Diener des Volkes« *faktisch* in kleinere informelle Gruppierungen. Jene zeichnen sich durch Loyalitäten zu teilweise miteinander konkurrierenden Geschäftsleuten aus. Somit ist Streit in der eigenen Fraktion vorprogrammiert. Dadurch ist die Regierungspartei, die eigentlich eine stabile Mehrheit besitzt, zunehmend auf Unterstützung anderer Fraktionen angewiesen, von denen wiederum viele als von Oligarchen kontrolliert angesehen werden. Dementsprechend verlaufen die Grenzen zwischen den politischen Lagern nicht zwischen den Fraktionen, sondern entsprechend der informellen Kontrolle innerhalb einzelner Fraktionen.

Eine Blockade zwischen Exekutive und Legislative ist eine reale Gefahr für jeden noch so reformistisch gestimmten Präsidenten. Denn eine solche Blockade wird in der Wissenschaft als einer der Hauptgründe aufgeführt, weshalb die Orange Revolution in der Ukraine im Gegensatz zur Rosenrevolution in Georgien kaum Fortschritte brachte. Georgien zeichnete sich jedoch im Gegensatz zur Ukraine heute durch eine formale

Zentralisierung der Macht und Dominanz der Exekutive aus. Durch diese Dominanz konnte starker Druck auf reformunwillige Institutionen aufgebaut werden, wodurch beispielsweise alte Eliten im Gerichtswesen ausgetauscht wurden. Nicht nur das Gerichtswesen konnte so in Georgien erneuert werden, sondern auch die zuvor stark korrupten Sicherheitsbehörden, allen voran die Polizei.

Die Zentralisierung politischer Macht hatte unbezweifelbaren Erfolg in Georgien, insbesondere in Form des Rückgangs der Alltagskorruption. Gleichzeitig artete die Zentralisierung jedoch in zunehmend autoritären Tendenzen aus. Dies rief viele Kritiker auf den Plan, die Saakaschwili wiederum der Schaffung einer eigenen, korrupten Entourage bezichtigten und die Entstehung eines westgewandten Autoritarismus fürchteten. Nichtsdestotrotz verbleiben viele der positiven Entwicklungen Georgiens unter Saakaschwili: bis heute ist das Land im Hinblick auf die Alltagskorruption und andere institutionelle Qualitätsmerkmale das führende Land unter den nicht-EU Ländern der ehemaligen Sowjetunion.

Fazit: Quo vadis, Ukraine?

Das spätere Schicksal Saakaschwilis, der selbst des Amtsmissbrauchs bezichtigt wird, aus Georgien floh und bei seiner Rückkehr im Oktober 2021 verhaftet wurde, zeigt, wie schmal der Grat zwischen einem Rechts- und einem autoritären Präsidentenstaat ist. Generell drängt sich dabei die Frage auf, ob die Mittel den Zweck heiligen und, ob es überhaupt andere Mittel für den Kampf mit korrupten und von Oligarchen informell kontrollierten Institutionen gibt? Die beiden zuvor erörterten Szenarien, d. h. Janukowytsch sowie Saakaschwili, sind beide als Präsidentenstaaten zu kennzeichnen. Einzig die Prävalenz von Alltagskorruption und die Beziehung zu informellen und korrupten Eliten unterscheidet diese beiden Formen.

Dementsprechend bedarf das Szenario Rechtsstaat alternativer Lösungen, für die es bisher in den nicht-EU Staaten der ehemaligen Sowjetunion kein Beispiel gibt. Die dabei vermutlich entscheidende Variable wird der Einfluss westlicher Partner und der Zivilgesellschaft sein – nicht nur mit Worten, sondern vor allem durch Taten. Denn ein zunehmend informell und dominant agierender Präsident kann durch Druck dieser demokratischen Partner in seiner Machtausübung kontrolliert und eingeschränkt werden. Die Corona-Krise hat dabei ambivalente Auswirkungen. Denn einerseits erhöht sie durch die wirtschaftliche Krise die Möglichkeiten, auf Kiew Druck auszuüben, indem Finanzhilfen an striktere Reformen gebunden werden. Andererseits birgt sie die Gefahr, dass sich diese Partner mehr mit ihren eigenen Problemen als mit der ukrainischen Politik beschäftigen.

Ein Durchbrechen informeller Machenschaften und Loyalitäten, insbesondere in der Judikative, ist ein

Schlüssel für den Erfolg der gesamten Reformagenda der Ukraine. Ein Rechtsstaat kann nur erschaffen werden, wenn die Loyalitäten der Akteure dieser Institutionen vollständig von Oligarchen hin zu Verfassung und Gesetzen wechseln. Jedoch ist die Gefahr einer Vereinnahmung dieser Institutionen durch die Exekutive und die Schaffung eines Präsidentenstaates gegeben. Auch das wurde in Georgien beobachtet, da das Justizwesen zu Teilen von der Exekutive abhängig wurde. Dies unter-

streicht die Bedeutung der westlichen Partner und der ukrainischen Zivilgesellschaft, die als wachsame Korrektiv agieren und dieses Szenario verhindern müssen. Denn nur so kann die Ukraine weder Oligarchen- noch Präsidentenstaat, sondern ein Rechtsstaat nach europäischem Vorbild werden. Nur dann kann der kleine Schritt zurück, den die Ukraine aktuell durch die Fehden zwischen den Institutionen erlebt, in der Zukunft zwei Schritte vorwärts bedeuten.

Über den Autor

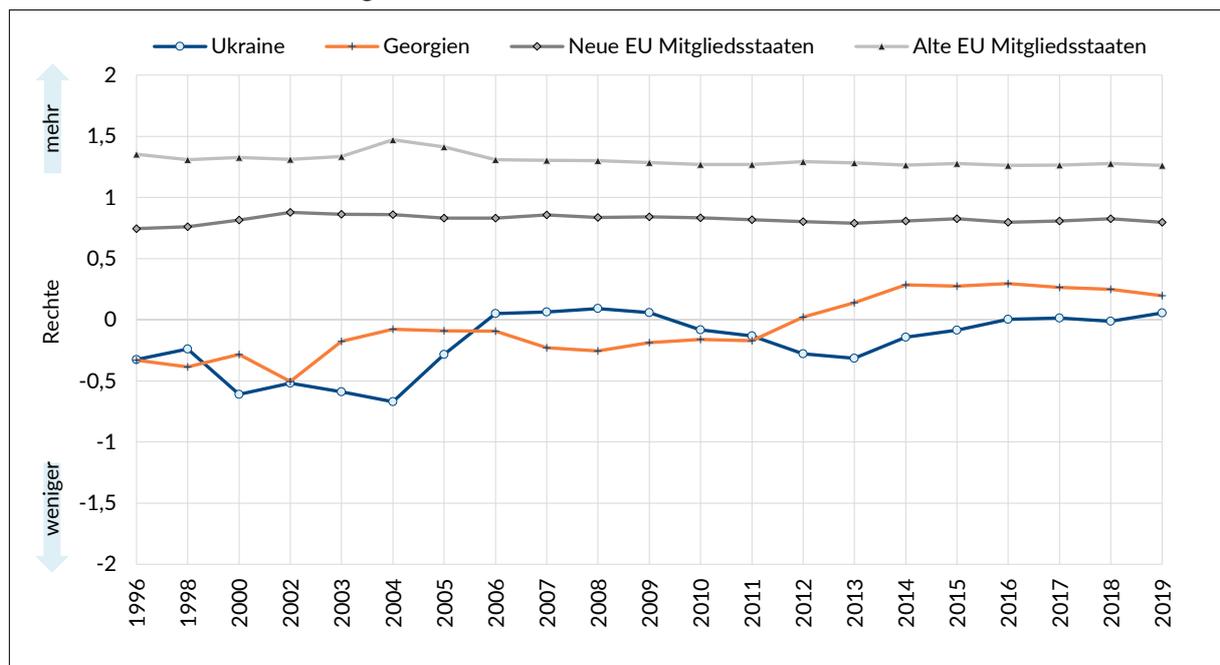
Michael Martin Richter ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa (FSO) an der Universität Bremen, Doktorand der Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS), sowie aktuell Gastwissenschaftler im Brüsseler Büro der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

Der Beitrag wurde im Rahmen des von der EU finanzierten Innovativen Trainingsnetzwerks »MARKETS« verfasst und stellt ausschließlich die Meinung des Autors dar.

RANKING

Die Ukraine in internationalen Rankings zu Mitspracherechten und Rechenschaft, Korruptionskontrolle und Demokratie

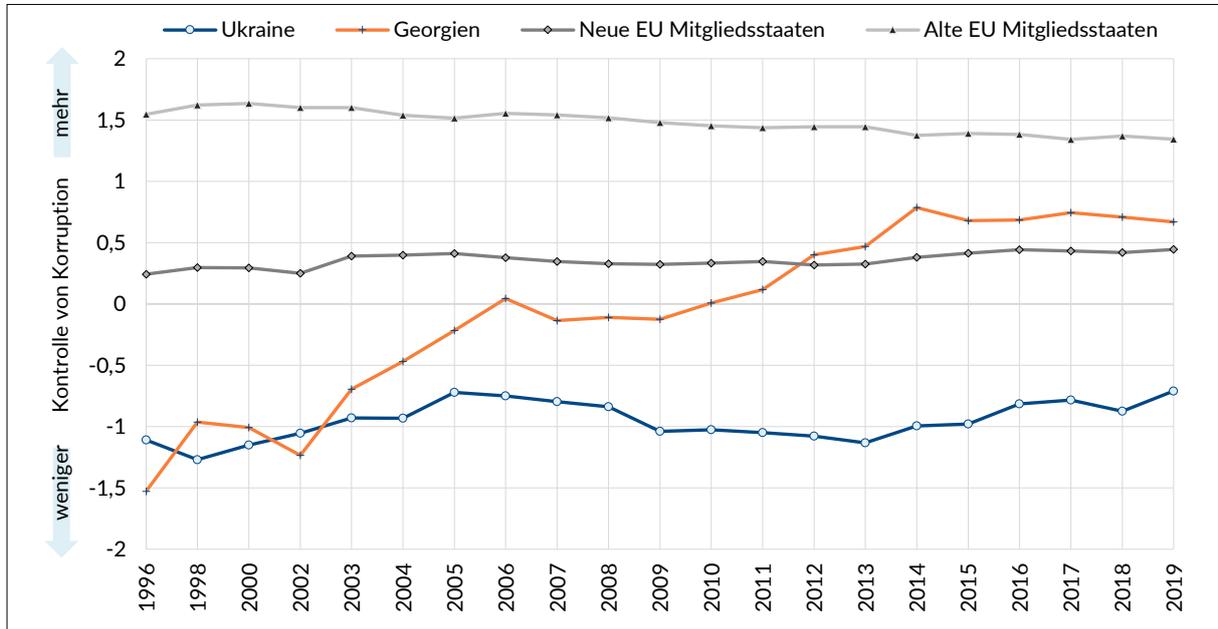
Grafik 1: Mitspracherechts- und Rechenschafts-Index der Weltbank für die Ukraine, Georgien und die neuen sowie alten EU-Mitgliedsstaaten



Der Index reicht von -2 (am schlechtesten) bis 2 (am besten).

Eigene Darstellung von Michael Martin Richter, mit Daten der Weltbank Governance Indikatoren.

Grafik 2: Korruptionskontrolle-Index der Weltbank für die Ukraine, Georgien und die neuen sowie alten EU-Mitgliedsstaaten

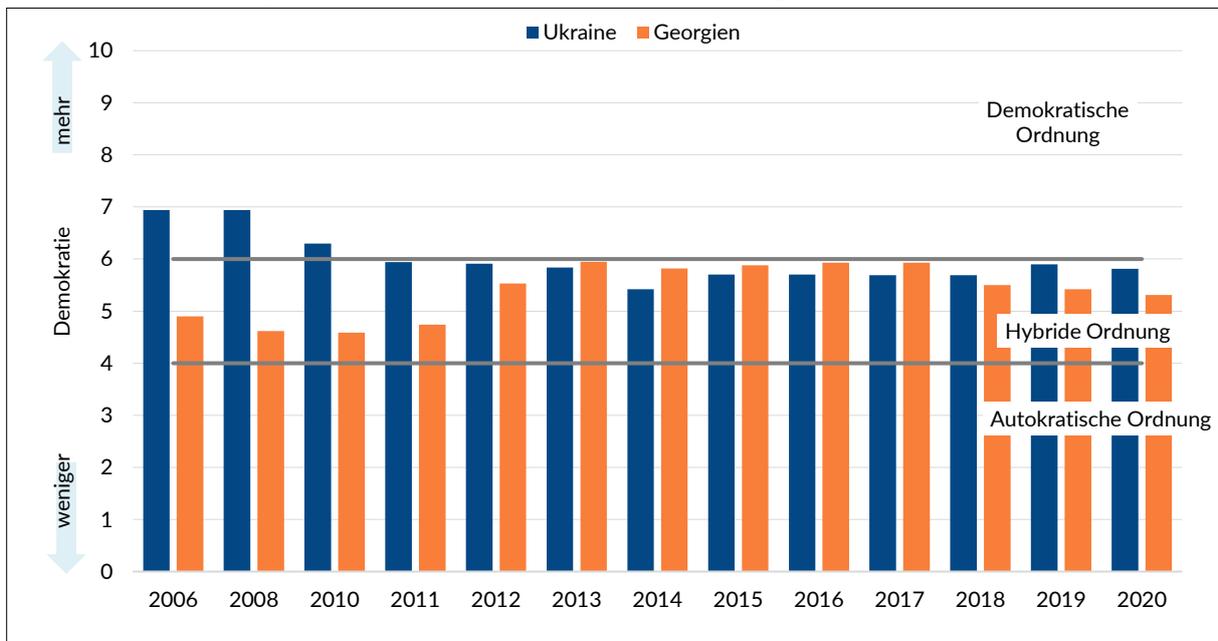


Der Index reicht von -2 (am schlechtesten) bis 2 (am besten).

Anmerkung: Sichtbar ist in diesem Schaubild der deutliche Unterschied zwischen Georgien und der Ukraine. In Grafik 1 ist dieser Unterschied praktisch nicht vorhanden. Dies zeugt davon, dass Georgien zwar Alltagskorruption erfolgreich bekämpft hat, jedoch parallel dazu nicht zu einer offenen und allumfänglich, demokratischen Politikordnung übergegangen ist. Dies bekräftigt das Argument des »Präsidentenstaates«, da insbesondere in Sakashvillis zweiter Amtszeit (2008–2012) der Indikator von Grafik 1 unter Druck geraten war.

Eigene Darstellung von Michael Martin Richter, mit Daten der Weltbank Governance Indikatoren.

Grafik 3: Democracy Index des Economist für die Ukraine und Georgien ab 2006



Der Index reicht von 0 (perfekt diktatorisches System) bis hin zu 10 (perfekte Demokratie).

Anmerkung: Auch hierbei verfestigt sich das zuvor genannte Bild (siehe Anmerkung zu Grafik 2). Es sollte darauf hingewiesen werden, dass die Ergebnisse der ersten Erhebungen des Democracy Index für die Ukraine und der Einordnung als demokratische Ordnung in der Wissenschaft zumindest umstritten, eher jedoch bestritten sind.

Eigene Darstellung von Michael Martin Richter, mit von The Economist.

Offshore-Geschäfte: Selenskyj und Kolomojskyj in den Pandora-Papers

Von Yana Lysenko (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Am 2. Oktober 2021 informierte das Internationale Netzwerk investigativer Journalisten (ICIJ) die Weltöffentlichkeit über die Existenz der so genannten Pandora-Papers, eines Daten-Leaks von 12 Millionen Dokumente aus 14 Quellen. Diese enthalten auch Daten zu bisher unbekanntem Offshore-Geschäften des »Kwartal-95«-Netzwerkes um den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskiy und dessen Verbindungen zu dem Oligarchen Ihor Kolomoiskij und der von ihm bis 2016 betriebenen und dann verstaatlichten »PrivatBank«.

Nach dem Wechsel auf Kolomoiskijs Fernsehkanal »I+1« gründeten Selenskiy und seine engsten Mitarbeiter Borys und Serhij Schefir und Andrij Jakowlew ab 2012 ein Geflecht von Offshore-Firmen, darunter die Firma »Maltex« auf den Britischen Jungferninseln. Diese hielt wiederum die Hälfte an der Produktionsfirma »SVT«, die für »I+1« das TV-Format »Bring den Komiker zum Lachen« produzierte. Dafür erhielt sie 1,2 Mio. Dollar von der »Sprintex-Holding«, einem ebenfalls offshore ansässigen Unternehmen, das zum Firmengeflecht von Kolomoiskij zählt. Dieser steht unter Verdacht, als Eigentümer der 2016 verstaatlichten »PrivatBank« große Summen durch faule Kredite an eigene Auslandsfirmen verschoben zu haben, um sie vor dem Zugriff der ukrainischen Steuerbehörden zu schützen.

So sollen vor der Verstaatlichung auch 41 Mio. Dollar von der »PrivatBank« auf das Konto von Selenskijs Produktionsfirma »Kwartal 95« überwiesen worden sein. Die Überweisung erfolgte über die zypriotische Filiale der »PrivatBank«. Diese Überweisung wurde als »contribution to capital« gekennzeichnet und nicht als Entgelt für eine Leistungserbringung. Somit war das Unternehmen von Steuerzahlungen über diese Summe befreit.

Nur zwei Wochen vor der ersten Runde der ukrainischen Präsidentschaftswahl veränderten sich die Besitzverhältnisse der »Maltex«. Bis dahin wurde diese von den vier Anteilseignern Wolodymyr / Olena Seleskiy, Borys Schefir, Serhij Schefir und Andrij Jakowlew zu je 25 Prozent gehalten.

Am 13.03.2019 beurkundete der Anwalt Jurij Asarow ein Dokument über die Übergabe der bisher von Selenskiy und seiner Ehefrau Olena gehaltenen Anteile von »Maltex« an das Unternehmen von Serhij Schefir. Diese wurden nicht verkauft, sondern unentgeltlich von Selenskiy an Serhij Schefir überschrieben. Diese Transaktion wird als Versuch Selenskijs gedeutet, vor der Präsidentschaftswahl veröffentlichungspflichtige Vermögenswerte zu verschleiern. Serhij Schefir wurde am Tag nach Selenskijs Wahl zum Chefberater des Präsidenten ernannt. Er bekleidet eine außerplanmäßige Stelle, die keinen Beamtenstatus hat und ihren Inhaber daher nicht zur Offenlegung seines Eigentums zwingt.

Nach Aussage von Schefir ist Selenskiy nicht mehr im aktiven Geschäft tätig, erhält aber trotzdem weiter Dividenden. Am 25.04.2019 beurkundete Jurij Asarow ein Dokument mit dem Inhalt, dass »Maltex« beabsichtige, weiter Dividenden an Selenskiy bzw. dessen Ehefrau zu zahlen, obwohl diese nicht mehr Anteilseigner waren. In der Einkommensdeklaration des Ehepaares für das Jahr 2020 wurden diese Beteiligungen nicht angegeben, hier tauchen lediglich Beteiligungen der Ehefrau an Unternehmen auf Zypern, in Belize und Italien auf.

Während Serhij Schefir, auf den Ende September 2021 ein Attentat verübt wurde, als politischer Berater Selenskijs arbeitet, ist sein Bruder Borys weiterhin als TV-Produzent tätig. Er begründete gegenüber Journalisten die Gründung der Offshore-Unternehmen durch die »Kwartal-95-Gruppe« ab 2012 mit der Notwendigkeit, Vermögenswerte vor Banditen, wie dem damaligen Präsidenten Viktor Janukowitsch, zu schützen.

Den Pandora-Papers zufolge besitzt Serhij Schefir in einem teuren Stadtteil Londons zwei Wohnungen im Gesamtwert von rund 3,8 Mio. Pfund, die über eine der Offshore-Firmen erworben wurden. Auch Andrij Jakowlew soll eine Wohnung im Wert von rund 2 Mio. Pfund in London besitzen.

Teil des Netzwerkes soll außerdem Iwan Bakanow, ein weiterer Kindheitsfreund Selenskijs, sein. Dieser hielt zunächst die »Davegra Limited«, die nominelle Muttergesellschaft von »Maltex«, und übereignete dieses Unternehmen aber 2019 an Jakowlew. Er gilt als Architekt des Firmengeflechts, über den Borys Schefir sagte: »Bakanow war unser Finanzdirektor, er hat die Finanzpläne unseres Unternehmens gemacht. Und ehrlich gesagt bin ich jetzt nicht bereit, Ihnen darauf zu antworten. Vielleicht bin ich der Eigentümer.«

Die seit März 2020 amtierende Generalstaatsanwältin der Ukraine, Iryna Wenediktowa, lehnte es auf Anfrage der Journalisten von Slidstvo.info ab, Stellung zur möglichen Verwicklung der Offshore-Firmen von »Kwartal-95« in die Geldwäscheaffäre um die »PrivatBank« zu nehmen.

Quellenverzeichnis:

- BBC News Ukraine (4.10.2021): Pandora Papers і офшори Зеленського: Квартал-95 міг отримати мільйони доларів від Коломойського. Zugriff unter: <https://www.bbc.com/ukrainian/news-58785831>

- Da Silva, Gioia / Schürpf, Thomas (Neue Zürcher Zeitung) (8.10.2021): Pandora Papers: Ermittlungen gegen Chiles Präsidenten Sebastián Piñera. Zugriff unter: <https://www.nzz.ch/wirtschaft/pandora-papers-ein-internationales-recherchenetzwerk-publiziert-die-bisher-umfangreichste-enthuellung-von-finanzgeheimnissen-ld.1648652>
- Deutsche Welle (4.10.2021): Russland, Ukraine, Belarus in Pandora Papers: Die Eliten und das Geld. Zugriff unter: <https://www.dw.com/de/russland-ukraine-belarus-in-pandora-papers-die-eliten-und-das-geld/a-59414843>
- Much, Mauritius / Obermaier, Frederik (Süddeutsche Zeitung) (4.10.2021): Präsident mit Oligarchennähe. Zugriff unter: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/pandora-papers-ukraine-selenskij-oligarch-kolomoiskij-briefkastenfirmen-1.5429056?reduced=true>
- Slidstvo.info (4.10.2021): Родина президента мала намір отримувати дивіденди з офшору після приходу Зеленського до влади. Zugriff unter: <https://www.slidstvo.info/news/zelenskyj-mav-namir-otrymuvaty-dyvidendy-z-ofshoru-koly-stav-prezydentom/>
- Slidstvo.info (3.10.2021): «ОФШОР 95»: Таємниці бізнесу Президента Зеленського. Zugriff unter: <https://www.youtube.com/watch?v=Pp0WWZbNGq4&feature=youtu.be>
- Trubetskoy, Denis (»Ukraine verstehen«) (6.10.2021): Die zwei Gesichter des Wolodymyr Selenskyj. Zugriff unter: <https://ukraineverstehen.de/trubetskoy-zwei-gesichter-des-praesidenten-selenskyj/>
- Ukrainisches staatliches Register zur Offenlegung von Vermögensverhältnissen (Єдиний Державний Реєстр Декларацій) (31.03.2021): Zugriff unter: <https://public.nazk.gov.ua/documents/bfa337db-cb89-4986-8724-c9c3b9f467fb>

KOMMENTAR

Die Ukraine im Teufelskreis der post-sowjetischen Hegemonie-Krise

Von Volodymyr Ishchenko (Technische Universität Dresden)

Einleitung

30 Jahre nach der Auflösung der Sowjetunion kann die Ukraine eine besonders klare Perspektive auf den post-sowjetischen Gesellschaftszustand geben, der als ungelöste Krise der grundlegenden Beziehung zwischen politischen Eliten und Interessen sozialer Gruppen verstanden werden kann. In der Wirtschaft machen De-Modernisierung und Peripherisierung die Ukraine vielleicht zum besten Kandidaten für den Titel des nördlichsten Landes des Globalen Südens. In der Politik haben kurzlebige Regierungen, personalistische, sich häufig neu definierende, aber inhaltlich schwer zu unterscheidende politische Parteien und patronale »Oligarchen«-Netzwerke miteinander konkurriert und die schwachen staatlichen Institutionen ausgenutzt. Diese werden zunehmend von einer Zivilgesellschaft unter Druck gesetzt, die nur die öffentlichen Aktivitäten einer kleinen Minderheit der ukrainischen Bevölkerung organisiert und nicht die Interessen der Gesamtheit der sozialen Gruppen repräsentiert, die die ukrainische Gesellschaft ausmachen. In der Kultur werden instabile Trends hin zu einem Gemeinschaftsgefühl mit Polarisierung kombiniert und befördern eher eine Fragmentierung als eine einheitliche bürgerliche Nation. (ausführlich dazu: Zhuravlev/Ishchenko 2020) International ist die

Ukraine gefangen zwischen einem feindlichen Russland und einer nicht aufnahmebereiten EU und NATO.

Dies alles trotz (oder vielleicht auch wegen) drei Revolutionen im Leben einer ukrainischen Generation (1990, 2004 und 2014). Viele haben diese Revolutionen als Bruch mit der sowjetischen/post-sowjetischen Tradition gesehen. Tatsächlich aber haben sie die zugrundeliegende Krise nur reproduziert und intensiviert. Die Maidan-Revolutionen waren unzureichende Lösungen, die das Problem, auf das sie reagiert haben, nur verschärften.

Vor 30 Jahren war die allgemeine Erwartung für die Sowjetrepubliken Demokratisierung und »die Rückkehr auf den Hauptweg der Zivilisation«. Die Annahme war, dass die Ukraine der Entwicklung ihrer mittelosteuropäischen Nachbarn folgen würde und, vielleicht nach einer Reihe von Revolutionen, den »verschobenen« Moment von 1989 nachholen würde, um zu einer Erfolgsgeschichte der Integration mit dem Westen zu werden.

Im Laufe der Zeit gewannen kritischere Einschätzungen an Bedeutung. Vielleicht waren die post-sowjetischen Länder nicht auf dem Weg den EU-Mitgliedsländern der Osterweiterung zu folgen, sondern genau andersherum waren Orbans Ungarn und Kaczynskis Polen dabei, dem »illiberalen« Klub von Putins Russ-

land und Lukaschenkos Belarus beizutreten. In dieser Perspektive ist die Ukraine bloß eine weichere Version eines »kompetitiven«, »elektoralen« oder anders »hybriden« autoritären Regimes, das sich aufgrund ukrainischer Besonderheiten wie einer umstrittenen nationalen Identität und oligarchischem Pluralismus nicht konsolidieren konnte.

Außerdem gibt es auch Stimmen, die die verallgemeinernde Vorstellung einer post-sowjetischen Region ablehnen, da die Länder von Estland bis Tadschikistan zu unterschiedlich geworden sind. Das Problem der Undefinierbarkeit lässt sich aber vielleicht lösen, wenn wir bei der Betrachtung der post-sowjetischen Entwicklungen auf die Zielorientierung verzichten. Was ist, wenn sich die post-sowjetischen Länder nirgendwohin entwickelt haben, sondern die ganze Zeit in einer Krise stecken, die schon vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion begann? Die fehlende Lösung dieser Krise ist dann das Definitionsmerkmal für die post-sowjetische Situation.

Warum die Perspektive der Krise?

Damit werden, erstens, die teleologischen Ideologien hinterfragt, die in post-sowjetischen Zivilgesellschaften dominieren und von autoritären Regimen ausgenutzt werden und die immer eine klare Marschrichtung vorgeben, wenn nicht zurück zur »Zivilisation«, dann nach vorne zu »nationaler Souveränität unter autoritärer Führung«. Vielleicht bewegen wir uns nirgendwohin oder gleiten in den Abgrund.

Zweitens erweitert die Perspektive der Krise unseren analytischen Rahmen. Die Auflösung der Sowjetunion ist nicht mehr ein Ausgangspunkt oder der zentrale Bruch, sondern eine von mehreren Durchgangsstationen. Die zentrifugale de-modernisierende Desintegration der Planwirtschaft und der Führungselite der kommunistischen Partei, die zum wirtschaftlichen Zusammenbruch der 1990er Jahre führte, begann lange vor 1991. Genau das Fehlen eines revolutionären Bruchs im Zuge der Auflösung der Sowjetunion ist als Argument für weitere »echte« (und auch gewalttätige) spätere Revolutionen genutzt worden. Aber entgegen der teleologischen Ideologie vieler zivilgesellschaftlicher Akteure geht es nicht um die Kontinuität sowjetischer Strukturen, die die Rückkehr zu einem »normalen Leben« verhindern, sondern um sich auflösende sowjetische Strukturen, die seit dem Ende der 1960er Jahre im Verfall begriffen sind, und die seitdem immer noch nicht durch stabile moderne Strukturen ersetzt worden sind.

Die Unfähigkeit der sowjetischen Strukturen, die Aktivitäten der Tauwetterperiode in den 1950er Jahren zu integrieren, zeigte, dass die grundlegende Beziehung der Repräsentation zwischen politischer Elite und Gesellschaft nicht funktionierte und sie ist seitdem in

den post-sowjetischen Gesellschaften nicht wiederhergestellt worden. Keiner Elitengruppe ist es gelungen, ihre eigenen Interessen als allgemeine Interessen sowohl der gesamten herrschenden Klasse als auch der gesamten Gesellschaft zu formulieren und für eine Modernisierung ihres Landes überzeugte, aktive und mitgestaltende Unterstützung zu mobilisieren. In Anlehnung an Antonio Gramsci beschreiben Oleg Zhuravlev und ich dieses Ergebnis als Krise der Hegemonie (siehe Ishchenko/Zhuravlev in Vorbereitung). Keine andere Hegemonie ersetzte die kommunistische, als diese zerfiel.

Dafür gibt es mehrere Gründe. Die post-sowjetische herrschende Klasse politischer Kapitalisten entstand durch einen schnellen und willkürlichen Privatisierungsprozess, für den es in der späten Sowjetunion keine ideologische, religiöse oder traditionelle Legitimierung gab und der immer noch mehrheitlich als »Diebstahl« oder »Korruption« gesehen wird. Die post-sowjetischen Revolutionen, die in der Ukraine als *Maidan* bezeichnet wurden, drohten eine konkrete Elitengruppe durch eine rivalisierende Elitengruppe zu ersetzen, sie stellten aber nie eine existentielle Bedrohung der herrschenden Klasse insgesamt dar, die sie gezwungen hätten zu »führen« anstatt einfach zu herrschen. Die politische Repräsentation der Interessen sozialer Gruppen ist sowohl »von oben« als auch »von unten« untergraben worden. Die großen politischen Parteien der herrschenden Eliten reproduzierten und verschlimmerten die Sünden der kommunistischen Partei der späten Breschnew-Ära: eine sinnlos gewordene Ideologie, Patronalismus, wenig Beteiligung von Aktivisten. Die de-modernisierende Desintegration bot den sozialen Interessen der Gruppen, die die post-sowjetischen Gesellschaften bildeten, wenige Möglichkeiten sich zu artikulieren und zu organisieren. Die Distanz zwischen den konkreten Interessen normaler Menschen und jedweder Politik oder Ideologie ist nur gewachsen.

Der Teufelskreis der post-sowjetischen Hegemonie-Krise

Letztendlich ermöglicht die Perspektive der Krise einen neuen Blick auf die Zusammenhänge zwischen den anscheinend auseinanderlaufenden Entwicklungen der nicht-EU Länder in der post-sowjetischen Region, zwischen der größeren Gruppe mit konsolidierten autoritären Regimen (Russland, Belarus, Aserbaidschan und weitestgehend Zentralasien) und der kleineren Gruppe, die Pluralismus bewahrt hat und in der Revolutionen stattgefunden haben (Ukraine, Moldawien, Georgien, Armenien, Kirgistan), von denen der ukrainische Euro-Maidan bisher am längsten und stärksten war. Diese beiden Gruppen stellen zwei unzureichende Lösungen für die post-sowjetische Krise der Hegemonie dar. Beide, die post-sowjetischen personalisierten autoritä-

ren Regime, die wir in Anlehnung an Gramsci als Cäsarismus bezeichnen würden, und die *Maidan*-ähnlichen Revolutionen, reagieren auf dieselbe Krise, die sie nicht überwinden können.

Die Regime von Putin oder Lukaschenko sind nicht einfach patronale Netzwerke, die den Staat übernehmen und keine Antwort auf die Diskreditierung als »Mafia-Staat« haben. Sie einigen vielmehr die disintegrierte herrschende Elite durch Zwang und Interessenausgleich. Sie erhalten ihre Legitimation durch die Wiederherstellung und den Erhalt von Stabilität inmitten des chaotischen post-sowjetischen Zerfalls. Sie sind meistens in der Lage, die passive Zustimmung der Mehrheit bei Wahlen zu gewinnen, aber schaffen es nicht, aktive Zustimmung zu generieren und zu institutionalisieren. Das führt zu regelmäßigen Nachfolgekrisen, die Angriffspunkte schaffen und die Schwäche der cäsaristischen Lösung offenlegen, womit mehr Zwang erforderlich wird, um eine drohende Maidan-Revolution zu verhindern.

Gleichzeitig sind die Maidan-Revolutionen nicht einfach Zusammenbrüche solcher Regime oder gescheiterter Versuche, sie zu errichten. Die Revolutionen werden als Bruch mit dem Post-Sowjetischen wahrgenommen, die nicht einfach nur zu einem weiteren Elitenwechsel führen. Die revolutionäre Rhetorik und Taktik ist allerdings nur mit schwach artikulierten sozialen Forderungen verbunden, lockeren Formen von Mobilisierung und Organisation und dezentraler Führung. Das Ergebnis ist nicht revolutionärer Wandel, sondern nur revolutionäre Legitimation, die von politischen Akteuren ausgenutzt wird, die die revolutionäre Basis kaum besser vertreten als die alten Eliten. Auf diese Weise sind in der Ukraine die Regierungen nach dem Euro-Maidan in einer Falle gelandet zwischen enormen, wenn auch schlecht artikulierten und organisierten sozialen Erwartungen, einer einflussreicheren, wenn auch nicht wirk-

lich größeren Zivilgesellschaft mit einer unpopulären national-neoliberalen Agenda, den widersprüchlichen Interessen von weiterhin unangefochten herrschenden politischen Kapitalisten und transnationalem Kapital sowie dem geopolitischen Konflikt zwischen dem Westen und Russland. Eine nationalistische Radikalisierung sollte für die unerfüllten revolutionären Erwartungen entschädigen. (siehe Ishchenko 2018) Tatsächlich aber führte sie Petro Poroschenko zu seiner dramatischen Niederlage bei den Wahlen 2019. Wolodymyr Selenskyjs »neues Gesicht« war der perfekte Ausdruck der zunehmenden Krise der Repräsentation gesellschaftlicher Interessen und demonstrierte gleichzeitig die Schwierigkeit, sich aus der Post-Maidan-Falle zu befreien. Seine selektiven und inkonsistenten Repressionen werden kaum geeignet sein, um ein autoritäres Regime zu konsolidieren. Während die post-sowjetischen cäsaristischen Regime die Krise der Hegemonie konservieren, reagieren die Maidan-Revolutionen auf die Krise, aber auf eine Weise, die sie eher verschärft als löst.

Ausblick

Die Ukraine kann aber auch einen Ausweg aus dem Teufelskreis der post-sowjetischen Hegemonie-Krise aufzeigen. Die geschrumpfte interne und externe Autonomie des Staates schwächt die ukrainischen politischen Kapitalisten im Wettbewerb mit transnationalem Kapital. Dies erklärt ihren vehementen Widerstand gegen die Korruptionsbekämpfung. Diese existenzielle Bedrohung, die keine der Maidan-Revolutionen je dargestellt hat, könnte die post-sowjetischen herrschenden Klasse zwingen, sich mehr um die Artikulation, Organisation und Verfolgung größerer gesellschaftlicher Interessen zu bemühen. Auf diese Weise könnte eine erfolgreichere hegemoniale Politik von oben auch Vorbild sein und Möglichkeiten eröffnen für gegen-hegemoniale Initiativen von unten.

Über den Autor

Dr. Volodymyr Ishchenko ist Postdoc am Institut für Slawistik der Technischen Universität Dresden. Seine Forschungsschwerpunkte sind Proteste und soziale Bewegungen, Nationalismus und Zivilgesellschaft. Aktuell arbeitet er an einer Monographie mit dem Titel »Der Maidan Aufstand: Mobilisierung, Radikalisierung und Revolution in der Ukraine, 2013–14«. Diese Publikation ist entstanden im Rahmen des internationalen Forschungsprojektes »Comparing protest actions in Soviet and post-Soviet spaces«, das von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen mit finanzieller Unterstützung der Volkswagen-Stiftung koordiniert wird.

Im Text zitierte Literatur

- Ishchenko V. (2018). Nationalist Radicalization Trends in Post-Euromaidan Ukraine, PONARS Policy Memo, <https://www.ponarseurasia.org/nationalist-radicalization-trends-in-post-euromaidan-ukraine/>
- Ishchenko, V., & Zhuravlev, O. (in Vorbereitung). Post-Soviet vicious circle: Revolution as reproduction of the crisis of hegemony. In D. J. Riley & M. Santoro (Eds.), *The Anthem Companion on Gramsci*. Anthem Press.
- Zhuravlev, O., & Ishchenko, V. (2020). Exclusiveness of civic nationalism: Euromaidan eventful nationalism in Ukraine. *Post-Soviet Affairs*, 36(3), 226–245, <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/1060586X.2020.1753460>

KOMMENTAR

Aporien der Unabhängigkeit

Von Roman Dubasevych (Universität Greifswald)

Einleitung

Junge Nationalstaaten zelebrieren ihre Unabhängigkeitstage gern. Jedes weitere Jahr wird als Beweis ihrer Lebensfähigkeit gedeutet. Die Summe der Erfolge soll die Legitimation des jeweiligen Staatswesens erneuern und bestätigen. Ein Jubiläum der Staatsgründung scheint daher fast immer eine Laudatio, eine Art Festschrift zu verlangen, die als Gattung bestimmten Konventionen folgt und seine Grenzen hat.

Als Vertreter der Kulturwissenschaften, die sich spätestens seit Benedict Anderson, Eric Hobsbawm, Stuart Hall oder Homi Bhabha auf die Dekonstruktion nationaler Mythen und Narrative spezialisiert haben, tut man sich bei einem solchen Anlass besonders schwer. Ganz abgesehen von den üblichen Fallen der Generalisierung und zeitlicher Distanz – wenn heute immer noch über das Erbe des Römischen Reiches oder der Habsburgermonarchie gestritten wird, kann über die flüchtigen 30 Jahre der ukrainischen Unabhängigkeit etwas Bestimmtes gesagt werden?

Im Falle der Ukraine ist eine ausgewogene Bilanzierung auch durch den Krieg kompliziert. Als Ukrainist fühlt man sich geradezu verpflichtet, Apologien, Lob- und Verteidigungsreden zu halten, für das »Verstehen« der inneren Widersprüche und Fehler – gerade angesichts der äußeren Bedrohung – zu werben. Kann man sich von diesen zahlreichen Einschränkungen und Verpflichtungen beim ukrainischen Staatsjubiläum befreien, ohne die Gebote des Anlasses, aber auch die Ethik der Wissenschaft zu verletzen? Wäre hier vielleicht die offene Gattung eines Miniessays, einer Skizze angemessen?

Krieg als Zerreißprobe

Bei einem Rückblick auf die letzten dreißig Jahre stelle ich fest, dass sich meine Einschätzung gewandelt hat. Während Ende 1980er – Anfang der 1990er der eigene Nationalstaat in der Euphorie des Aufbruchs als der einzige mögliche Ausweg aus dem repressiven sowjetischen System erschien, ist die momentane Bilanz nüchterner. Vielmehr: Der Ausbruch des Krieges im Donbas und seine Folgen werfen einen tiefen, tragischen Schatten auf die jüngste ukrainische Geschichte; eine schwere Hypothek, die nicht nur knapp zwei Millionen Binnenflüchtlinge, tausende zerstörte Schicksale und Landschaften, sondern auch der stete Migrationsstrom und dramatische Bevölkerungsrückgang belegen. Erst jetzt, 30 Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion sind seine Dimensionen oder zumindest die latenten Gewaltpotentiale seiner Desintegration zutage getre-

ten. Dabei wäre es zu einfach, die Annexion der Krim und die darauffolgende »hybride« Kriegsführung ausschließlich als Folge der autoritären Transformation Russlands und nicht auch als Ergebnis der Widersprüche zu sehen, die die unabhängige Ukraine von innen auf diese Zerreißprobe stellten.

Aus der sicheren Distanz einer zentraleuropäischen Universität drängt sich der Eindruck auf, dass der Konflikt im Osten, vor allem die Entstehung des prorussischen Separatismus – die Träume von einem »russischen Frühling« vs. ukrainische Vision von »Europas Bollwerk« – aus großen Enttäuschungen und Erschütterungen entstanden, denen beide Gesellschaften – sowohl die ukrainische als auch russische – ausgesetzt waren. Die absurd-anachronistischen Slogans einer remilitarisierten »russischen Welt« (z. B. »Na Berlin!«) genauso wie diejenigen einer wehrhaften Ukraine (»Slava Ukraini! Herojam slava!«, »Smert' voroham!« etc.) veranschaulichen allzu deutlich, dass für die Lösung der Widersprüche der neuen postsozialistischen Situation beide Seiten eher totalitäre Traditionen der Vergangenheit als das intellektuelle Potential der (Post)Moderne mobilisierten.

Unter diesem Gesichtspunkt ist der Krieg im Osten – trotz unterschiedlicher Rollen bei seiner Genese und Eskalation – ein tragischer Höhepunkt des Scheiterns beider Gesellschaften angesichts immenser Herausforderungen, die neue nationale Grenzziehungen und der Übergang vom maroden Sozialismus zum räuberischen Kapitalismus brachten. Herausforderungen, denen auch die internationalen Verträge und Rechtsordnungen nicht gewachsen waren. Dabei bin ich fest überzeugt, dass die Zukunft des jungen ukrainischen Staates im Moment von der Friedensfrage entschieden wird. Und ungeachtet Putins Launen oder der westlichen Solidarität wird der Friedensprozess davon abhängen, ob man sich des eigenen Beitrags zu diesem Konflikt bewusst wird.

Preis des Friedens

Ich gehe davon aus, dass dieses Bewusstsein auch einen Raum für Kompromisse öffnen würde, die keineswegs populär sind, und von radikalen Kräften im Land sofort als Verrat angeprangert würden. Wäre das Schicksal der Zivilbevölkerung in den separatistischen Gebieten nicht grundsätzlich die oberste Priorität? Und gibt es einen Preis, der für ihr Wohl zu hoch wäre? Die zentralen Stolpersteine des Friedensprozesses – die Durchführung der Wahlen nach einem Kompromisszenario, die Anerkennung der konstitutiven Rolle der russischen

Kultur und Sprache für die ukrainische Identität, aber auch eine militärische Neutralität der Ukraine sind sie tatsächlich als Wege in die oder eher doch aus der Apokalypse des Krieges zu sehen? Und wäre ein friedlicher, selbst anfangs unter dem russischen Einfluss stehende Donbas nicht besser als ein offenes Pulverfass im Herzen Europas? Die Ukraine mahnt gern europäische Solidarität an, aber fühlt sie keine Verantwortung für das Risiko einer neuen verheerenden Konfrontation? Der kurze und blutige Krieg zwischen Aserbaidschan und Armenien wirkt wie eine makabre Inszenierung dessen, was im Falle einer Konflikteskalation im Donbas passieren würde. Und er veranschaulicht die fatalen Folgen einer Selbstüberschätzung auch für eine Demokratie.

Ohne Zweifel setzt eine langfristige Friedensstiftung ein großes Vertrauen in einen Nachbarn voraus, das seine aggressiven Interventionen scheinbar restlos zerstört haben. Aber ist das Bild Russlands als Dämon der ukrainischen Geschichte nicht eine gefährliche Vereinfachung? Und hätte eine vernünftige ukrainische Außen- und Innenpolitik Russlands Interessen nicht schon immer auf dem Schirm haben müssen – nicht in einer idealen Welt, sondern in dieser komplexen und widersprüchlichen, von Supermächten und Einflusssphären bestimmten? Das Gleiche gilt auch für den Dialog mit der Opposition – muss ihre Stimme a priori ignoriert und als »Moskaus Hand« verdammt werden? Die massiven Probleme in vielen Lebensbereichen verleiten leicht zur Hexenjagd: die (neoliberalen) »Europäer« jagen den »homo sovieticus«, die Zivilgesellschaft gegen Oligarchen und umgekehrt.

Ja, die Aktionäre des ukrainischen Staates haben oft diametral entgegengesetzte Meinungen. Eine davon zu wählen, selbst in der totalen Überzeugung der eigenen Rechtschaffenheit, bedeutet (Bürger)Krieg. Das Aushalten dieser Widersprüche und Annäherungsversuche würden dagegen ein großes Selbstvertrauen, Offenheit und den Glauben in die integrative Kraft der eigenen Überzeugungen und Ideale brauchen. Paradoxerweise scheinen auch die Erben des Euromaidans – trotz ihres Selbstbewusstseins als Europas »neues Blut« und Verteidiger der Menschenwürde – es nicht zu besitzen. Man sehnt verzweifelt den Frieden herbei, ohne aber an seine Kraft wirklich zu glauben.

Eine noch größere Herausforderung

Aber kann sich die tief traumatisierte ukrainische Gesellschaft auf irgendwelche Kompromisse überhaupt einlassen und sich dabei einer schmerzhaften Aufarbeitung der eigenen Rolle im Konflikt stellen? Dies würde sicherlich einer gründlichen Revision eines idealisierten Bilds der ukrainischen Nationalbewegung und liebgewordener Geschichtsmymen bedürfen. Außer dem mangelnden Selbstvertrauen scheint es für aufstrebende ukraini-

sche Eliten noch andere Versuchungen zu geben. Neben dem kriegsbedingten Patriotismus und Nationalstolz stammen sie auch von den Sonnenseiten der Unabhängigkeit – es sind die zahlreichen Errungenschaften, die die Freisetzung privater Energien, die Einführung der Rede-, Presse- und Schaffensfreiheit brachte. Streift man durch die glitzernden Shoppingmalls der ukrainischen Städte, pausiert man beim Einkaufen in tollen hauseigenen Cafés der Lebensmittelkette »Silpo« oder sitzt man auf den großzügigen Terrassen der boomenden Innenstädte von Lwiw, Kyjiw, Odessa oder Dnipro – mit ihren gemütlichen kosmopolitischen Interieurs, Dutzenden Kaffee- und Kuchensorten, blitzschnellem Internet, verweilt man in den prallen Buchläden der »€«-Bücherei, kauft ukrainische Schuhe, Bettwäsche oder nutzt die komfortablen Services des ukrainischen Onlinebankings, so glaubt man die Vorteile der Unabhängigkeit zu kennen.

Und diese kurze Liste müsste noch um Tausende kleiner Details ergänzt werden – von genuinen Bemühungen um Dezentralisierung, Liberalisierung des gesellschaftlichen Klimas, Schutz der Minderheiten, Ideen über gesellschaftliche Inklusion bis zu neuen Gesichtern in der Politik und Diplomatie, aufstrebender ukrainischer Musik-, Film- und Tourismusbranche, Eurovision-Festivals, Reisefreiheit, boomender IT-Branche und schließlich ukrainischer Lebenslust. Mit einem Wort: Es sind diese Errungenschaften, die die junge ukrainische Zivilisation der Gegenwart ausmachen und ein Versprechen ihrer Zukunft darstellen könnten.

Aber werden sie tatsächlich (nur) von Russland bedroht und nicht von der Korruption und ideologischen Doppelstandards? Muss man dafür tatsächlich mit der Waffe in der Hand kämpfen und sterben? Oder ist es nicht genau umgekehrt, dass gerade der Krieg das Land unweigerlich an den Rand eines wirtschaftlichen und militärischen Ruins führt? Anlässlich des 30-jährigen Staatsjubiläums betonte der Präsident Wolodymyr Selenskyj die Bedeutung des tausendjährigen Kulturerbes als solides Fundament des jungen Staats, aber lehrt nicht gerade der Zusammenbruch der großen und alten kontinentalen Reiche – der Habsburger oder Romanows – dass Jahrhunderte von Tradition von einem vierjährigen Krieg zerschmettert werden können? Und trifft dies nicht auf die Legitimität moderner Nationalstaaten im Zeitalter der Globalisierung und zunehmend fluider Grenzen und Loyalitäten besonders zu? Die multiple Zugehörigkeit und die Grenzlage der Ukraine sind ein Reichtum und Segen, werden aber in den Händen ungeschickter Politiker und einer desorientierten Gesellschaft zum Fluch.

Resümee

Obwohl die Entfesselung der privaten Initiativen den Mangel in den ukrainischen Einkaufsstraßen beseitigte,

schuf sie neue und tiefe Gräben innerhalb der ukrainischen Gesellschaft. Genauso wie die Abschaffung von Zensur nicht zwangsläufig zu einem nachhaltigen Sieg von liberal-demokratischen und humanistischen Traditionen führte. Die prallen Früchte des ukrainischen Unternehmergeistes, die Tüchtigkeit und die Lernbereitschaft der Ukrainer*innen dürfen die gewaltigen Unterschiede im Lebensstandard verschiedener Bevölkerungsschichten, Altersgruppen und sogar Berufsstände nicht verdecken. Die Einheit und Tränen der festlichen Militärparade in Kyjiw dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass das beste Fundament für die gesellschaftliche Solidarität nicht der kriegsbedingte Patriotismus,

sondern soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaat sind. Der gefeierte Auftritt einer trainierten Hundestaffel bei der Parade der Unabhängigkeit darf nicht von den Abgründen ablenken, die sich nicht nur in den Gräben des Donbas, sondern neben dem Majdan und seinen mondänen Konsumoasen – in den chronisch unterversorgten ukrainischen Krankenhäusern oder bettelarmen Rentnerhaushalten auf tun. Im Gegensatz zu den militärischen Spürhunden, die (unwissentlich) ihr Leben für Menschen opfern, brauchen die Menschen in der Ukraine dringend ein anderes »Training«: dasjenige der Erhaltung und des Schutzes ihres Lebens.

Über den Autor

Prof. Dr. Roman Dubasevych studierte Germanistik in Lwiw, Freiburg und Graz sowie Literaturtheorie und politische Philosophie in Regensburg. An der Universität Wien wurde er mit einer Arbeit über den Habsburgermythos in der postsowjetischen Westukraine promoviert. Seit April 2018 ist er Juniorprofessor für Ukrainische Kulturwissenschaft in Greifswald und akademischer Leiter der internationalen Sommerschule »Greifswalder Ukrainicum«. Seine Forschungsinteressen gelten Theorien des kulturellen Gedächtnisses, der transgenerationellen Traumavermittlung, der Postkolonialen Theorie sowie den kulturellen Repräsentationen des Krieges in der Ostukraine.

CHRONIK

01. – 10. Oktober 2021

01.10.2021	Der ukrainische Sicherheitsdienst (SBU) schließt das Ermittlungsverfahren gegen einen ehemaligen Beamten des Präsidentenbüros und des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats ab. Der Beamte, der im Juni 2021 vom SBU enttarnt wurde, ist laut den Ermittlungen von einem ausländischen Geheimdienst rekrutiert worden und hat diesem geheime Informationen aus den Behörden übermittelt. Er wird nun wegen Hochverrats angeklagt.
02.10.2021	Die Regierungsfraktion »Diener des Volkes« teilt auf dem Parteitag in Truskawez mit, dass sie schon mehr als 150 Unterschriften für die Absetzung des Parlamentspräsidenten Dmytro Rasumkow gesammelt habe, womit die Angelegenheit im Parlament zur Abstimmung gestellt werden kann. Rasumkow selbst war auf dem Parteitag nicht eingeladen. Er wird seitens des Präsidenten Wolodymyr Selenskyj und seiner Partei immer wieder für seine Arbeit kritisiert, zuletzt hatte er seine Unterstützung für den Gesetzentwurf zur De-Oligarchisierung verweigert.
02.10.2021	Auf dem Parteitag von »Diener des Volkes« in Truskawez stellt die Regierung einen neuen Reformplan für die nächsten zwei Jahre vor, der die Bereiche Sicherheit, Energiesicherheit, Wirtschaft und Rechtsstaatlichkeit umfasst und Investitionen in Höhe von 277 Milliarden US-Dollar erfordert. Bevor die Regierung ihr Programm vorstellte, hatten die Abgeordneten der Fraktion in Arbeitsgruppen an der Agenda für die nächsten zwei Jahre gearbeitet.
03.10.2021	Die Europäische Union erwägt offenbar eine militärische Ausbildungsmission für ukrainische Offiziere. Diese könne »Ausdruck der Solidarität« angesichts der militärischen Aktivitäten Russlands an den Grenzen zur Ukraine sein, wie aus dem internen Arbeitspapier des Europäischen Auswärtigen Dienstes hervorgeht, aus dem die deutsche Zeitung »Welt am Sonntag« zitiert.
03.10.2021	Die sogenannten »Pandora Papers«, ein weltweit von Journalist:innen ausgewertetes Datenleck, enthüllen, dass Präsident Wolodymyr Selenskyj und seine Geschäftspartner von Offshore-Geschäften profitieren. Sie zeigen auch Verbindungen zum ehemaligen Eigentümer der PrivatBank Ihor Kolomojskyj, dessen Unternehmen im Verdacht stehen, Gelder der PrivatBank in Milliardenhöhe gewaschen zu haben.

03.10.2021	Journalist:innen des Investigativprojekts »Slidstvo.Info« behaupten, Behörden hätten versucht, sie an der Aufführung eines Films über die Offshore-Firmen des Präsidenten Wolodymyr Selenskyj im Rahmen der internationalen Veröffentlichung der »Pandora Papers« zu hindern. Der ukrainische Sicherheitsdienst bestreitet dies. Nachdem die Journalist:innen an die Öffentlichkeit gegangen sind, findet die Vorführung wie geplant statt.
04.10.2021	Die Regierungsfraktion »Diener des Volkes« gibt bekannt, dass Ruslan Stefantschuk ihr Kandidat für die Nachfolge des derzeitigen Parlamentspräsidenten Dymtro Rasumkow ist. Zuvor hatte die Fraktion bekannt gegeben, dass sie 150 Unterschriften für die Absetzung von Rasumkow gesammelt habe, womit sie zur Abstimmung gestellt werden kann.
04.10.2021	Das Programm für investigativen Journalismus »Schemes« berichtet, dass Journalisten in der staatlichen Ukreximbank bei einem Interview mit dem Vorstandsvorsitzenden angegriffen wurden. Einer der Journalisten konnte das Geschehen auf Audio festhalten. Die Bank streitet alle Vorwürfe ab und beschuldigt die Journalisten, das Bankgeheimnis verletzt zu haben.
05.10.2021	Die Kyjiwer Stadtverwaltung verschärft aufgrund der sich verschlechternden Covid-19-Situation die Quarantänemaßnahmen, nach denen der Zutritt zu öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen ab dem 5. Oktober 2021 nur noch bei Vorlage eines Impf- oder Genesenzertifikats oder eines PCR-Tests gestattet sein wird.
06.10.2021	Die Präsidenten der Ukraine, Deutschlands und Israels nehmen an einer Gedenkveranstaltung zum 80. Jahrestag des Massakers von Babyn Jar teil, bei dem die deutschen Besatzer im Jahre 1941 mehr als 33.000 Jüdinnen und Juden ermordeten.
06.10.2021	Der Vorstandsvorsitzende der Ukreximbank Jewhen Mezher tritt für die Dauer der Ermittlungen vorübergehend zurück, nachdem er während eines Interviews am 4. Oktober 2021 die Journalisten des Investigativprojekts »Schemes« angegriffen hatte. In einer Erklärung räumt er ein unangemessenes Verhalten ein.
06.10.2021	Das Nationale Antikorruptionsbüro der Ukraine (NABU) erhebt Anklage wegen organisierter Kriminalität und Machtmissbrauch gegen den Bürgermeister von Odesa Hennadij Truchanow, den Geschäftsmann und ehemaligen Verbündeten Truchanows Wolodymyr Halanternyk und drei städtische Beamte. Den Verdächtigen wird der illegale Erwerb von Grundstücken vorgeworfen, wodurch dem Stadthaushalt Verluste im Wert von mehr als 533 Millionen Hrywnja (ca. 17,2 Millionen Euro) entstanden sind. Gegen Truchanow läuft noch ein weiterer Prozess wegen Veruntreuung von 92 Millionen Hrywnja (ca. 3 Millionen Euro) aus dem städtischen Haushalt im Fall des Fabrikgebäudes »Krajan«.
07.10.2021	Der Parlamentspräsident Dmytro Rasumkow wird mit einer Mehrheit von 284 Stimmen in der Werchowna Rada abgesetzt. Dabei bringt die Regierungsfraktion »Diener des Volkes« nur 215 der erforderlichen 226 Stimmen auf, sodass unter anderem Stimmen der Partei »Vaterland« zur Erreichung der Mehrheit beitragen. Auf ihrem Parteitag am 2. Oktober 2021 hatte die Fraktion Unterschriften für die Absetzung Rasumkows gesammelt. Er war bei Präsident Wolodymyr Selenskyj und seiner Partei in die Kritik geraten, nachdem er den von Selenskyj vorgelegten Gesetzentwurf zur De-Oligarchisierung nicht unterstützt hatte.
07.10.2021	Das Gesundheitsministerium gibt bekannt, dass ab dem 7. November 2021 eine Impfpflicht gegen Covid-19 für alle Mitarbeiter:innen staatlicher Einrichtungen eingeführt wird, darunter zentrale, regionale und kommunale Behörden sowie Kindergärten, Schulen und Universitäten. Angestellte, die sich bis zu dem angegebenen Datum nicht impfen lassen, werden ohne Bezahlung suspendiert.
08.10.2021	Laut Polizeiberichten wird der 33-jährige Abgeordnete der Partei »Diener des Volkes« Anton Poljakow tot in einem Taxi in Kyjiw gefunden. Die Staatsanwaltschaft hat Ermittlungen eingeleitet und geht von einem Herzinfarkt aus.
08.10.2021	Die Werchowna Rada wählt den von der Regierungsfraktion »Diener des Volkes« vorgeschlagenen Kandidaten Ruslan Stefantschuk mit einer Mehrheit von 261 Stimmen, davon 222 Stimmen der Regierungsfraktion, zum neuen Parlamentspräsidenten. Stefantschuk war zuvor Vertreter des Präsidenten Wolodymyr Selenskyj im Parlament, bis er am 6. Oktober 2021 von diesem Amt zurücktrat. Er tritt die Nachfolge von Dmytro Rasumkow an, der am 7. Oktober 2021 von einer Mehrheit des Parlaments abgesetzt wurde.
08.10.2021	Der pro-russische Abgeordnete der Partei »Oppositionsplattform – für das Leben« Wiktor Medwedtschuk wird erneut wegen Hochverrats und Terrorismus angeklagt, wie die Generalstaatsanwaltschaft mitteilt. Er wird beschuldigt, während der Energiekrise im Jahr 2014 den Kauf von Kohle aus Südafrika sabotiert und stattdessen einen Plan zur Lieferung von Kohle aus dem von Russland besetzten Donbas inszeniert zu haben. Dem Plan nach wurden zwei stillgelegte Kohlebergwerke in den besetzten Gebieten fiktiv registriert und Konten angelegt, über die der staatliche ukrainische Energiekonzern Centrenergo für die Kohlelieferungen aus dem Donbas mindestens 200 Millionen Hrywnja (ca. 6,5 Millionen Euro) bezahlte.

Hinweis der Redaktion

Bei der Erstellung der Chronik ist es über die Sommerpause leider zu einer kleinen Verzögerung gekommen. Sie können die vollständige Chronik auf unserer Webseite abrufen:

<https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/chronik>

Hier können Sie den Zeitraum auswählen, der Sie interessiert.

Bitte beachten Sie: Seit Juli gibt es keine eigenständige Covid-19-Chronik mehr. Wichtige Meldungen zur Covid-19-Situation werden in die allgemeine Chronik integriert. In der Online-Chronik (<https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/chronik>) gibt es die Möglichkeit, anhand der Suchbegriffe »Corona« oder »Covid-19« alle Meldungen zum Thema anzuzeigen, so dass Sie sich für beliebige Zeiträume und alle von den Länder-Analysen erfassten Länder eigene Corona-Chroniken erstellen können.

Die regelmäßige Covid-19-Statistik erscheint seit Juli ebenfalls nicht mehr. Die tagesaktuellen Covid-19 Zahlen für die Ukraine sind u. a. frei zugänglich unter: <https://www.pravda.com.ua/cdn/covid-19/cpa/>. Eine Schätzung der Übersterblichkeit als alternativen Indikator für die Zahl der an Covid-19 Verstorbenen bietet die Zeitschrift *The Economist* unter <https://www.economist.com/graphic-detail/coronavirus-excess-deaths-estimates>

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Almuth Müller

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Prof. Dr. Heiko Pleines (verantwortlich)
Chronik: Almuth Müller
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2021 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.